

Reino-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 105

Dienstag, den 16. April 1935

Jahrgang 1935

Das Ergebnis von Stresa.

Wie, abgesehen von den dankenswerten englischen Bemühungen, Deutschland der einzige Staat gewesen ist, der durch seine Haltung bei den Berliner Besprechungen einen positiven, um nicht zu sagen ausschlaggebenden Beitrag zu den Verhandlungen von Stresa lieferte, so ermöglichte es auch durch seine im richtigen Augenblick gegebene Erklärung zur Ostpaktfrage die Schaffung der Grundlagen für ein Ergebnis der Drei-Mächte-Konferenz, von dem man nützliche Auswirkungen für die Zukunft Europas erhoffen kann. Wenn nach der Beendigung der Besprechungen sich verschiedene der maßgeblichen Teilnehmer an ihnen mit deutlichem Zufriedenheitsgefühl äußerten, daß, wie z. B. Laval sagte, „in Stresa die enge Solidarität der drei Regierungen bestätigt“ worden sei, so ist kein Zweifel daran, daß sie nicht beständig friedlicher Gesinnung, den die deutsche Erklärung darstellt, am Nachmittag des Freitag den auseinandergehenden Meinungen zu Hilfe gekommen sein würde. So aber gelang es, die Konferenz ohne den ernsthaft befürchteten Riß zwischen den drei Mächten zu Ende zu führen und dieser 128. Nachkriegskonferenz einen positiven Abschluß zu geben im Gegensatz zu der großen Mehrzahl ihrer Vorgängerinnen. Deutschland war in Stresa in keiner Form vertreten, wenn auch, wie ein Mitglied der englischen Delegation sich äußerte, „Stiller vom ersten Augenblick an unsichtbar mit am Tische saß“, und hat dort eine Rolle gespielt, die ohne Aneinanderreihung ausfallend genannt werden darf.

Noch eine andere Feststellung ist notwendig. Die von Frankreich seit Jahren betriebene Politik der militärischen Bündnisysteme bedingt einerseits die Aufrüstung aller angehörenden Länder ohne jede Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit; sie bedingt andererseits in ihren Schlußfolgerungen zwingend den Krieg aller gegen alle beim Ausbruch eines ersten Konfliktes irgendwo in Europa. Dem gegenüber steht als entscheidender Unterschied die deutsche Politik, die allgemeine Verpflichtungen zum Nichtangriff als Grundlage hat. Dort also die Politik der Gewalt, die vertraglich gesicherte Durchsetzung des militärischen Bedingens — hier eine völlig entgegengelegte gerichtete politische Mentalität mit dem Ziel der friedlichen Auseinandersetzung, der gegenseitigen Achtung, des Friedens schließlichen. Dort der alles beherrschende Gedanke der militärischen Unterbauung der Vorrangstellung über einen ganzen Erdteil — hier eine auf lange Sicht arbeitende Erkenntnis von der Notwendigkeit der Liquidierung einer 20jährigen Zerstörungspolitik und ihres Ersatzes durch friedliche Zusammenarbeit. Man kann sich nicht vorstellen, daß die ständige praktische Gegenüberstellung dieser beiden politischen Richtungen auf die Dauer ohne Eindruck nicht nur auf die Völker, sondern auch auf deren führenden Staatsmänner bleiben sollte. Es ist nicht unsere Sorge, wie Frankreichs Bundesgenossen im Laufe der Zeit mit der bisher von Paris noch diffidierten Politik der ständigen Bereitschaft zum Angriff, zum international organisierten Ueberfall zahlen werden; aber vielleicht kommt auch ihnen allmählich die Erkenntnis, daß „Frankreich von allen Bundesgenossen der bedenklichste“ ist, wie es Bismarck einmal ausgesprochen hat.

Stresa war gedacht als Abschluß der Voruntersuchung gegen den Angeklagten Deutschland, der dann in der Genfer Hauptversammlung in absentia zu verurteilen gewesen wäre. Dieser Plan, von zwei Mächten noch bis in den vorletzten Tag der Konferenz hinein mit Eifer betrieben, ist an der Friedenspolitik Deutschlands und an der Ablehnung der Beteiligung an einer weiteren Katastrophenspolitik durch England gescheitert. Wenn in Genf gleichwohl unter Hinweis auf Deutschland von einheitlicher Vertragsverletzung die Rede sein wird, so ist das nur geeignet, die Auffklärung der Welt über die Frage zu unterstützen, wer dort in Genf auf der Anklagebank sitzen wird. Dazu ist von verständiger deutscher Seite in den Bemerkungen zu der französischen Denkschrift an den Völkerbundrat das Notwendige gesagt worden, sodaß es sich für uns jetzt erübrigt, auf die Einzelheiten nochmals einzugehen. Nur auf die an anderer Stelle wiedergegebene Äußerung der „Times“ sei noch verwiesen, in der deutlich und ehrlich gesagt wird, jeder Gerechtfertigte müßte anerkennen, daß die Verletzung eines diktierten Vertrages etwas anderes sei, als die Verletzung eines in Freiheit abgeschlossenen Abkommens. Ueberdies sei Deutschland, abgesehen von dem indirekten Verprechen der ehemaligen Alliierten, ihre Klüften zu vermindern, im Jahre 1932 Gleichberechtigung versprochen worden. Wenn die Geheimhaltung der Aufrüstung durch die deutsche Regierung auch zu tabeln sei, so müßte man doch fragen, welche andere Methode in der Praxis für ein entwaflnetes Land möglich ist, dem man die Gleichberechtigung versprochen habe.

Im übrigen muß beachtet werden, daß sich ja die wichtigsten Besprechungen in Stresa gar nicht um die Frage der ursprünglich als Anklagegegenstand vorgesehenen deutschen Vertragsverletzungen, in Zukunft. Mit anderen Worten: die volle praktische Gleichberechtigung Deutschlands auch auf dem Gebiet der Wehrfrage ist in

Noch Schwierigkeiten in Genf.

Der französische Antrag kommt erst heute zur Beratung.

Laval verhandelt mit der Kleinen Entente.

× Genf, 15. April.

Während Außenminister Laval bereits am Sonntagabend in Genf eingetroffen ist, kam Sir John Simon erst Montagmorgen an. Auch der italienische Delegierte Aloisi und der polnische Außenminister Bed sind zur Ratstagung in Genf erschienen, ferner Litwinow und die Außenminister der Kleinen Entente. Mit ihnen und Litwinow hatte Laval am Vormittag Besprechungen, die ihre Fortsetzung bei einem Frühstück fanden, zu dem der französische Außenminister die Außenminister Rumäniens, Südbanians, der Tschechoslowakei, der Türkei und den griechischen Gesandten in Paris geladen hatte. Wenigstens ein Teil dieser Staatsmänner opponiert stark gegen das Ergebnis von Stresa.

Laval hat dem Unternehmen noch mit dem rumänischen Außenminister Titulescu auch die Frage der Aufrüstung Bulgariens und Ungarns sowie Österreichs besprochen. Titulescu soll dabei namens der Kleinen Entente und der Balkan-Entente

den Eintritt Bulgariens in den Balkan-Pakt als eine der vorher zu schaffenden Sicherheitsgarantien bezeichnet haben. Er soll weiter von ungarischer Seite den vorherigen Abschluß von Nichtangriffspakten als Vorbedingung gefordert haben.

Außerdem hörte man heute vormittag, daß zwischen den beteiligten Mächten Verhandlungen darüber im Gange seien, ob in der Schlußentscheidung des Rates Deutschland ausdrücklich genannt werden oder ob diese Entscheidung einen allgemeinen Charakter erhalten soll. Es verlautete, daß Frankreich und die ihm befreundeten Mächte noch immer auf der besonderen Nennung Deutschlands beständen, daß aber von anderer Seite Einwände geltend gemacht worden seien.

Die Folge der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten war, daß zunächst die ursprünglich für Montag vormittag 11 Uhr angelegte Eröffnung der Tagung des Völkerbundsrates auf Montag nachmittag 3.30 Uhr verschoben wurde. Entgegen den allgemeinen Erwartungen dreht sich dann aber die Frage, die im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses

steht, sondern ausschließlich um die abessinische Forderung, die außerordentliche Ratstagung mit dem Appell Abessinians zu beenden. Man suchte einen Weg zu finden, sich dieser Frage einstweilen zu entziehen. Baron Aloisi erklärte, daß Italien nunmehr bereit sei, in kürzester Frist zwei Schiedsrichter ernennen zu lassen. Der Ratspräsident, der türkische Außenminister Rüschükras, erklärte, daß die heutige Erklärung der beiden Parteien Italien und Abessinien in friedfertigem Geiste abgegeben worden sei. Dadurch sei der Wille ausgedrückt worden, dem Geist und Buchstaben nach den Schiedsgerichtsvertrag zwischen Italien und Abessinien anzuwenden. Unter diesen Umständen sei es nicht notwendig, die Frage auf die Tagesordnung der außerordentlichen Ratstagung zu setzen.

Natürlich kann die Tatsache, daß der Rat heute noch nicht zu dem wichtigsten Punkt seiner Tagesordnung, nämlich der Klage Frankreichs, überging, nur dahin gedeutet werden — und sie wird auch allgemein darauf zurückgeführt, daß die Vorbesprechungen noch nicht weit genug gediehen sind, um einer allgemeinen Erörterung in geheimer Ratstagung standzuhalten. Man hat sich klar darüber werden müssen, daß unter den 15 Ratsmächten viele sind, die sich nicht unbedingt einem Diktat gewisser Mächte unterwerfen wollen. Allgemein wird hier damit gerechnet, daß eine Entscheidung, die Aussicht auf die erforderliche Einstimmigkeit haben soll, ziemlich gemäßigt abgefaßt werden müsse.

Einstweilen ist geplant, die nächste geheime Ratstagung morgen früh um 11 Uhr abzuhalten.

Das Bekenntnis zur neuen Sozialordnung.

Glänzendes Ergebnis der Vertrauensratswahlen

DNB Berlin, 15. April.

Noch liegen nicht alle Ergebnisse der am 12. April stattgefundenen Vertrauensratswahlen vor, jedoch läßt sich schon jetzt an Hand der aus allen Teilen Deutschlands einlaufenden Ziffern mit Bestimmtheit sagen, daß sich das schaffende Deutschland mit einer überwältigenden Mehrheit zu der vom Führer begründeten nationalsozialistischen Sozialordnung bekannt hat.

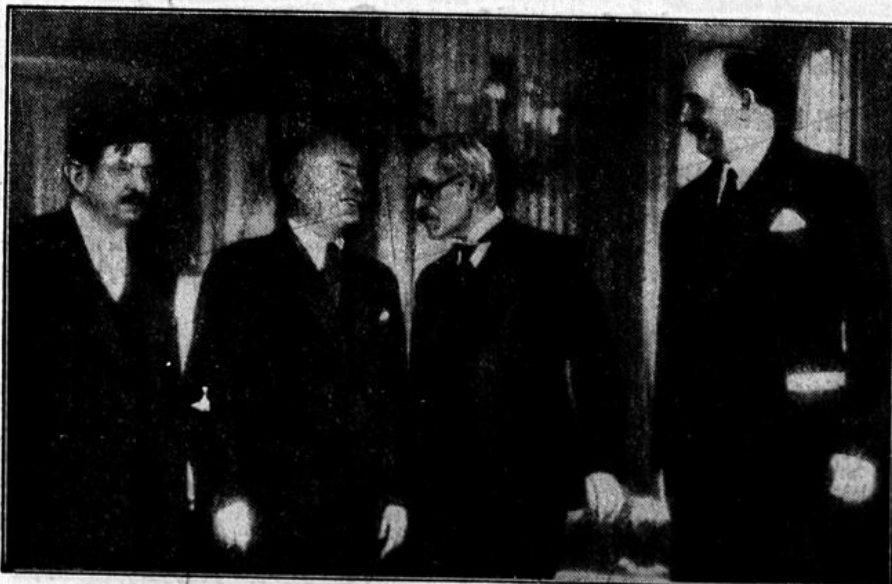
So meldet z. B. Siemens-Berlin, in dessen riesigen Betrieben 52.000 deutsche Volksgenossen ihr Brot verdienen, 88 v. H. Ja-Stimmen bei 91 v. H. abgegebenen Stimmen. Von weiteren Großbetrieben Betrieben sei vorläufig erwähnt, wo von 9033 Wahlberechtigten 8843 mit Ja stimmten. Die Berliner Stadtlichen Gaswerke melden 6061 Ja-Stimmen bei 6598 Wahlberechtigten und Lorenz 4915 Ja-Stimmen bei 5807 Wahlberechtigten.

Auch die Betriebe des ehemals roten Hamburgs haben sich in überwältigender Weise zum neuen Deutschland bekannt. Von der 1.400 Mann starken Belegschaft der Werft Blohm u. Voß stimmten 81 v. H. mit Ja, während die Belegschaft der Hamburger Hochbahn A.G., die ebenfalls 10.000 Mann stark ist, 80 v. H. Ja-Stimmen meldet. Von den 6568 Volksgenossen, die in den Hamburger Hafenbetrieben beschäftigt sind, stimmten 82 v. H. mit Ja.

Aus Westfalen-Süd liegen vorläufig nur Teilergebnisse vor, die jedoch durchweg einen besonders hohen Hundertsatz von Ja-Stimmen aufweisen. So kann der Bochumer Verein 93,4 v. H. Ja-Stimmen melden, die Bergbau AG Lothringen sogar 95 v. H. Aus dem Wahlkreis Leipzig seien die Wanderer-Werke genannt, wo von 5353 Wahlberechtigten 4784 mit Ja und nur 88 mit Nein stimmten.

Im Kreise Halle-Merseburg melden die IG-Farben Bitterfeld 90 v. H. Ja-Stimmen und die Leuna-Werke in Merseburg, die eine Belegschaft von 15.472 Mann beschäftigen, 88,1 v. H. Die Betriebe der Firma Krupp-Ossen können bei 35.334 Wahlberechtigten und 33.826 abgegebenen Stimmen 89,7 v. H. Ja-Stimmen verzeichnen.

Die drei Kabinetts-Chefs in Stresa.



Die Konferenz von Stresa ist mit einem ziemlich umfangreichen amtlichen Communiqué abgeschlossen worden, das man in Konferenz-Kreisen mit Befriedigung als positiv bezeichnete. Während es der scharfen Kritik wegen den zahlreichen Bildreportern in Stresa nicht gelang, von der Konferenz selbst ein Bild zu bringen, zeigt dieses Bildtelegramm zum ersten Mal die drei verantwortlichen Kabinetts-Chefs während der letzten Konferenz-Besprechungen. Links steht der französische Außenminister Laval, neben ihm Ministerpräsident Mussolini, der britische Ministerpräsident MacDonald und der französische Ministerpräsident Lavalin im Konferenzsaal von Viola Bella.

Stresa von den drei Mächten stillschweigend anerkannt worden, eine freilich sehr stark verpönte Realisierung der Erklärung vom Dezember 1932.

Die erste Fortsetzung der Konferenz von Stresa ist jetzt zwar die Ratstagung in Genf. Ihr aber vermögen wir nicht mehr Bedeutung beizumessen als einer Gelegenheit für Frankreich, seinem Prestigebedürfnis Raum geben zu können. Sind auch die Staaten der Kleinen Entente offenbar sehr aufgebracht

über die Konzeptionen, die Mussolini für Ungarn, Österreich und Bulgarien in Stresa durchgesetzt hat, so wird der dort beiprochene künftige Lauf der Dinge schwerlich durch diese Opposition beeinträchtigt werden. Von Stresa führt der Weg zur Mailtonferenz in Rom. Dort und nicht in Genf werden die Verhandlungen weitergeführt werden, die von der englisch-französischen Erklärung vom 3. Februar d. Js. ihren Ausgang genommen haben.

Behr lebhafter Verlauf des Frühstücks bei Laval.

DNB Paris, 15. April.

Der Außenpolitiker des „Journal“ befaßt sich in einem Bericht aus Genf mit der Aufnahme, die der Vorschlag Mussolinis in Kreisen der Kleinen Entente gefunden hat. Österreich wiederum aufrüstung zugestehen. Dieser Vorschlag habe außerordentlich starke Erregung hervorgerufen und das Frühstück, das Laval am Montag mit den Vertretern der Kleinen Entente gegeben habe, um sie zu beruhigen, werde in der Völkerbundsgesellschaft von Gewicht sein. Das Gespräch, so schreibt St. Brice, sei sicher auf eine harte Probe gestellt worden, denn es habe unter den Gästen „keine“ gegeben, die sich darauf verstanden, sich wie Elefanten im Porzellanladen aufzuführen und die mit der festen Absicht zu dem Frühstück gegangen seien, Buch zu machen. Rumänien und Griechenland hielten sich etwas zurück, sie seien der Ansicht, daß diese Frage überhaupt nicht ohne Beteiligung der interessierten Kreise hätte aufgeworfen werden dürfen. Der französische Außenminister habe darauf hingewiesen, daß nicht Frankreich dieses Problem angeht, sondern daß er, Laval, sogar stundenlang gekämpft habe, um sehr kategorische englische und italienische Vorschläge abzuweisen.

Dienstag Vormittag Ministerrat in Paris.

DNB Paris, 15. April.

Am Dienstag vormittag um 10 Uhr wird der Ministerrat im Elysee zusammentreten. Die Mitglieder des Kabinetts werden in dem Ministerrat über die Ergebnisse der englisch-französisch-italienischen Unterredung ins Bild gesetzt werden. Am dem Ministerrat werden sämtliche Kabinettsmitglieder teilnehmen, außer Außenminister Laval, der sich in Genf befindet und kaum vor Donnerstag zurückkehren kann, und dem Handelsminister Marchandeau, der in Mailand die französische Abteilung der Mailänder Messe eröffnet.

Der Präsident der Republik, Lebrun, empfing am Montag nachmittag Ministerpräsident Lavalin, der ihm über die Stresa-Konferenz Bericht erstattete. Präsident Lebrun hat Ministerpräsident Lavalin seinen Dank dafür ausgesprochen, wie er und Außenminister Laval in Stresa den französischen Standpunkt vertreten haben und ihn zu den zugunsten der allgemeinen Sicherheit erzielten Ergebnissen beglückwünscht.

Anfang Mai wird sich der französische Luftfahrtminister, General Denain, nach Rom begeben, um, wie Paris-Soir meldet, sich mit Mussolini über die Ausarbeitung des zweijährigen Luftabkommens zwischen Frankreich und Italien zu unterhalten.

MacDonald kündigt eine Erklärung über Stresa an.

DNB London, 15. April.

Ministerpräsident MacDonald teilte vor der Hauskammer des Schatzkanzlers im Unterhaus mit, daß er versuchen wolle, am Dienstag eine Erklärung über die Konferenz von Stresa abzugeben. Wenn sich dies jedoch als „physisch“ unmöglich erweisen sollte, werde er die Erklärung am Mittwoch abgeben.

mann) Fräulein
das Brautpaar o
in Hübhelrath.
leiter Staatsrat
66-Ob.